

Niederschrift  
der 09. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 26.10.2023  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende 18:30 Uhr  
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

**Anwesend:**

Vorsitzende/r

Herr Stefan Bauschke

stellv. Vorsitzende/r

Herr Thomas Haack

Herr Jürgen Suhr

Mitglieder

Herr Jan Gottschling

Herr Ulrich Grösser

Herr Stefan Nachtwey

Vertreter

Herr Bernd Röll

Vertretung für Herrn Mathias Miseler

Herr Daniel Ruddies

Vertretung für Herrn Christian Binder

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch

Frau Celina Herold

Frau Beate Löffler

Herr Dr. Frank-Bertolt Raith

Frau Antje Wunderlich

Gäste

Frau Strahl-Österreich

## **Tagesordnung:**

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 28.10.2023
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
  - 3.1** Bebauungsplan Nr. 85 "Urbanes Gebiet nordwestlich der Alten Richtenberger Straße" - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: B 0078/2023
  - 3.2** Bebauungsplan Nr. 86 "Gebiet nördlich der Straße Knöchelsöhren" - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: B 0079/2023
  - 3.3** Parkgebührenordnung der Hansestadt Stralsund  
Vorlage: B 0016/2023
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
  - 4.1** 3D Schriftzug "Stralsund"
  - 4.2** Bewohnerparken Schützenbastion
- 5** Verschiedenes
- 10** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung sind 8 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

### **zu 1 Bestätigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen / Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

### **zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 28.10.2023**

Die Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 6 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      2 Stimmenthaltungen

### **zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen**

#### **zu 3.1 Bebauungsplan Nr. 85 "Urbanes Gebiet nordwestlich der Alten Richtenberger Straße" - Aufstellungsbeschluss Vorlage: B 0078/2023**

Frau Wunderlich führt aus, dass es sich um ein 3,1 ha großes heterogenes Gebiet handelt, das zum größten Teil bebaut ist. Es liegt im Sanierungsgebiet Tribseer Vorstadt. Der Plan sei es, ein urbanes Gebiet entstehen zulassen.

Herr Bauschke führt fort und fragt, ob es noch Besonderheiten und Ergänzungen gebe.

Herr Dr. Raith ergänzt, dass in dem Gebiet zurzeit eine Mischnutzung vorliegt. Er sagt auch, dass zur Entwicklung eines urbanen Gebietes, ein gewisser Anteil an Wohnen und an Gewerbe benötigt wird, um so ein entsprechendes Mischverhältnis zu erhalten.

Auf Nachfrage von Herrn Suhr erklärt Herr Dr. Raith, dass aufgrund der unterschiedlichen Nutzungen, die Aufstellung eines Bebauungsplanes am sinnvollsten ist. Im Hinblick auf die Festsetzungen geht Herr Dr. Raith davon aus, dass es in diesem Gebiet, eher um die Art der baulichen Nutzung und um die überbaubare Grundstücksfläche gehen wird.

Frau Wunderlich erklärt weiter, dass nur durch einen Bebauungsplan ein urbanes Gebiet definiert werden kann. Im Bestand gebe es entweder ein Wohngebiet, Mischgebiet oder eine Gemengelage. Sie sagt, dass es kein reines Wohngebiet sei, da es zu viel Gewerbe und soziale Einrichtungen gebe. Ein Mischgebiet sei es auch nicht, da die Verteilung von 50% Wohnen / 50% Gewerbe in dem Gebiet nicht vorhanden sei.

Frau Wunderlich führt aus, dass der urbane Charakter gestärkt werden solle, aber auf Grundlage des § 34 Baugesetzbauch kein urbanes Gebiet ausgewiesen werden könne.

Herr Gottschling fragt, warum ein B-Plan trotz der vorhandenen Bebauung nötig sei.

Frau Wunderlich erklärt, dass die vorhandene Nutzmischung gestärkt und sortiert werden soll. Außerdem kann die Bauaufsicht so besser beurteilen, welche Nutzung in dem Gebiet zulässig ist.

Der Ausschussvorsitzende stellt den B-Plan zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0078/2023 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

**zu 3.2      Bebauungsplan Nr. 86 "Gebiet nördlich der Straße Knöchelsöhren" -  
Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: B 0079/2023**

Frau Wunderlich erklärt, dass es sich um ein komplexes Gebiet handelt, in welchem Planungs- und Neuordnungsbedarf besteht.

Die komplette Fläche liegt im Sanierungsgebiet Tribseer Vorstadt.

Es handelt sich um eine innenstadtnahe Fläche, eine Lücke zwischen Innenstadt und gründerzeitlicher Vorstadt, die geschlossen werden soll. Das Gebiet eignet sich gut als Wohn- oder Mischgebiet. Frau Wunderlich fügt hinzu, dass Planungsbedarf besteht und es noch keine Entscheidung gebe, welche Gebietskategorie dort entstehen soll.

Da es keine Fragen zur Vorlage gibt, stellt Herr Bauschke diese zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0079/2023 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung:8 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

**zu 3.3      Parkgebührenordnung der Hansestadt Stralsund  
Vorlage: B 0016/2023**

Zu Beginn erfragt Herr Bauschke die Beratungsergebnisse aus den Fraktionen.

Herr Grösser teilt mit, dass in der AfD-Fraktion ausführlich über das Thema gesprochen wurde. Die Preiserhöhung sei in Ordnung, aber die Ausdehnung der gebührenpflichtigen Zeiten auf den Sonntag werde abgelehnt.

Herr Grösser stellt den Antrag, die Vorlage dahingehend zu ändern, dass der Sonntag gebührenfrei bleibt.

Herr Suhr führt aus, dass auch seine Fraktion über die Thematik beraten hat. Ihm ist in Erinnerung, dass wenn der Sonntag gebührenfrei bleibt, die Verwaltung von einem Einnahmeverlust von 100.0000 € ausgeht. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI hat die Überlegung, die alten Zeiten der alten Gebührenordnung beizubehalten. Der Fraktionsvorsitzende erfragt, wie sich das auf die Einnahmen auswirken würde.

Herr Gottschling erkundigt sich, auf welcher Grundlage die Verwaltung von Einnahmeverlusten in Höhe von 100.000 € ausgeht, wenn der Sonntag weiterhin gebührenfrei bleibt.

Herr Bogusch erklärt, dass durch die Erweiterung des Bewirtschaftungszeitraumes Einnahmen von rund 200.000 € kalkuliert wurden. Er weist darauf hin, dass es sich lediglich um eine Schätzung handelt. Die Überlegung ist, im Sommer bis 18 Uhr und im Winter bis 16 Uhr zu bewirtschaften.

Durch die Ausdehnung der Bewirtschaftung von Montag bis Donnerstag wird täglich eine Stunde an Bewirtschaftungszeit gewonnen.

Freitags seien es fünf Stunden mehr, in dem Zeitraum von 13:00-18:00 Uhr und sonntags von 09:00-18:00 Uhr neun Stunden mehr. Mit der Ausdehnung ergeben sich 18 Stunden zusätzliche Bewirtschaftungszeit in der Woche, ohne den Sonntag entfallen neun Stunden. Bei einer Schätzung von 200.000 € Mehrnahmen für den gesamten Zeitraum, werden bei neun Stunden weniger geringere Einnahmen in Höhe von 100.000 € geschätzt.

Herr Bauschke macht deutlich, dass auch in seiner Fraktion unterschiedliche Auffassungen zu der Bewirtschaftung am Sonntag bestehen, seine Fraktion der Gebührenordnung aber mehrheitlich zustimmen wird.

Herr Bauschke stellt den Änderungsantrag von Herrn Grösser zur Abstimmung.

Abstimmung: 2 Zustimmungen      3 Gegenstimmen      3 Stimmenthaltung

Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Herr Bauschke stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Abstimmung: 2 Zustimmungen      1 Gegenstimme      5 Stimmenthaltung

Damit empfiehlt der Ausschuss der Bürgerschaft, die Vorlage B 0016/2023 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Der Ausschussvorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt.

#### **zu 4      Beratung zu aktuellen Themen**

##### **zu 4.1      3D Schriftzug "Stralsund"**

Frau Löffler gibt einführende Worte und teilt mit, dass seit 2020 ein Beschluss der Bürgerschaft vorliegt. Darin wird der Oberbürgermeister beauftragt zu prüfen, inwieweit die Umsetzung eines 3D Schriftzuges auf der Nördlichen Hafensinsel (Steinerne Fischbrücke) möglich wäre.

Sie fügt hinzu, dass verschiedene in Frage kommende Standorte geprüft wurden. Der Standort aus dem Beschluss wurde zunächst als erstes geprüft, durch die Einbeziehung verschiedener Ämter stellte sich aber heraus, dass dieser Standort nicht in Frage kommt. Der Grund sei, dass es zu viele Flächenbedarfe gebe, wie z.B. für große Veranstaltungen, Hafennutzungen, Feuerwehrezufahrten sowie Außenbereiche der Gastronomie.

Im Januar 2022 kam die Thematik erstmalig während der Vorhabenliste zur Sprache.

Daraufhin hat die Verwaltung nach weiteren geeigneten Standorten in Altstadtnähe gesucht.

Frau Löffler erwähnt, dass sich die Beteiligten tiefgründig mit der Thematik beschäftigt haben. Anhand einer Präsentation stellt sie dar, was unter einem Schriftzug zu verstehen sei.

Diese wird dem Protokoll als Anlage beigefügt. Sie erklärt, dass die Schriftzüge aus verschiedenen Materialien und Schriftformen bestehen können, z.B. aus Kunststoff, Stahl und Holz.

Es sind unterschiedliche Positionen möglich, z.B. inliegend als Sitzmöglichkeiten, als Poller oder als stehende Variante.

Frau Löffler erklärt weiter, dass ein stehender Schriftzug mit einem pflegeleichten Material infrage kommen würde.

Ein favorisierter und empfehlenswerter Standort aus Sicht der Verwaltung sei Am Fischmarkt. Aufgrund der Tatsache, dass sich an dem Standort in der Vergangenheit eine Zimmerei befunden hat, würde sich das Material Holz für den Schriftzug gut eignen.

Herr Dr. Raith fügt ergänzend hinzu, dass es auch verwaltungsintern unterschiedliche Vorstellungen gab und es grundsätzlich unmöglich sei, jeden zufrieden zu stellen.

Herr Gottschling erkundigt sich, ob in den Besprechungen der Gedanke aufkam, den Schriftzug auf oder an Gebäuden zu montieren. Er erwähnt, dass in seinen Augen das Volkswerft-Hochhaus eine gute Location wäre.

Frau Löffler antwortet auf die Frage, dass es die Überlegung gab, den Schriftzug auf Gebäuden zu platzieren. Sie fügt hinzu, dass dies nicht der Gedanke des Antragstellers sei, weshalb eine andere Entscheidung getroffen wurde. Auch, um den Schriftzug als Fotomotiv nutzen zu können.

Herr Bauschke beantragt die Verweisung des vorgestellten Ergebnisses zu dem Antrag zur Beratung in die Fraktionen.

Die Ausschussmitglieder folgen diesem Vorschlag.

Das Thema wird zu einem späteren Zeitpunkt erneut im Ausschuss beraten.

#### **zu 4.2      Bewohnerparken Schützenbastion**

Herr Bogusch erklärt, dass dem Tagesordnungspunkt ein Prüfauftrag (AN 0054/2023) der Bürgerschaft zu Grunde liegt.

Er teilt mit, dass die Schützenbastion aus technischen, finanziellen und verkehrlichen Gründen nicht fürs Bewohnerparken frei gegeben werden sollte. Der Parkplatz soll durch eine Schrankenanlage gesichert werden, dass stellt zum einen sicher, dass die Parkplatznutzer ein Ticket ziehen und zum anderen muss die Fläche nicht durch Mitarbeiter des Ordnungsamtes kontrolliert werden. Aus finanzieller Sicht zeichnet sich bereits jetzt ab, dass das kostenlose Nutzen der Parkflächen Frankenwall und Frankendamm durch Bewohner zu Mindereinnahmen führt. Die Schützenbastion soll der Ersatz für den Parkplatz auf dem Neuen Markt sein, es gibt jedoch nicht die gleichen Platzkapazitäten wie auf dem Neuen Markt. Aus diesen Gründen empfiehlt die Verwaltung, die Parkfläche nicht für das Bewohnerparken freizugeben.

Da es keine Nachfragen gibt, schließt Herr Bauschke den Tagesordnungspunkt.

## **zu 5        Verschiedenes**

Herr Haack, erkundigt sich, ob es Gründe dafür gibt, warum der Beton an der Bushaltestellenbucht am Knieperdamm erneut aufgefräst wurde.

Herr Bogusch antwortet, dass der eingebaute Beton, die finale Version sei. Er fügt hinzu, dass die Markierungen noch fehlen, um das Projekt abschließen zu können.

In Bezug auf die Schützenbastion erklärt Herr Bogusch, dass vorgesehen war, eine neue Zufahrt und eine neue Ausfahrt zu bauen und die Bussteige zu entfernen. Die Angebote zu der durchgeführten Ausschreibung haben Kosten von deutlich über 100.000 € ergeben.

Aufgrund der hohen Kosten hat die Verwaltung sich dafür entschieden, die Einfahrt über den Weidendamm weiterhin zu nutzen und lediglich die Bussteige abreißen zu lassen, die Flächen zu verfüllen und Parkflächen zu markieren.

Der Ausschussvorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt.

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

## **zu 10        Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil**

Herr Bauschke stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung.

gez. Stefan Bauschke  
Vorsitzender

gez. Gaby Ely  
Protokollführung